

## Medienmitteilung

Themen	Die glp BL fasst die Parolen für den 08. März 2015
Für Rückfragen	Hector Herzig Kantonalpräsident M. 076 321 54 64 <a href="mailto:hector.herzig@grunliberale.ch">hector.herzig@grunliberale.ch</a>
Absender	Grünliberale Partei Basel-Landschaft <a href="http://www.bl.grunliberale.ch">www.bl.grunliberale.ch</a>
Datum	13. Januar 2015

### Sogar Allschwiler Sektion gegen „Umfahrungsstrasse Allschwil“

**Die glp BL zeigt Einigkeit. Drei von sechs Vorlagen verabschiedeten die 39 anwesenden Grünliberalen einstimmig. Mit der Stimmfreigabe zur VCS-Strasseninitiative signalisieren die Grünliberalen ein JA zur Stossrichtung, aber ein NEIN zum viel zu ambitionierten Zeitplan.**

Die glp BL hat an der gestrigen Mitgliederversammlung folgende Parolen gefällt:

Eidgenössische Vorlagen:

- NEIN zur Volksinitiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»
- JA (einstimmig) zur Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

Kantonale Vorlagen:

- JA (einstimmig) zur Änderung des Raumplanungsgesetz; Befristung der Aushangdauer von Wahl- und Abstimmungsplakaten
- NEIN (einstimmig) zur Gesetzesinitiative „Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil“
- NEIN zur Änderung des Gemeindegesetzes zur nichtformulierten Gesetzesinitiative „Vo Schönebuech bis sauber“
- STIMMFREIGABE zur Gesetzesinitiative „Strassen teilen – Ja zum sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo, und öffentlichen Verkehr (Strasseninitiative Basel-Landschaft)“.

### **Steuer- nicht mit Familienpolitik vermischen**

Der Handlungsbedarf, Familien in gewissen Bereichen zu entlasten, steht ausser Frage. Die CVP-Familieninitiative zielt jedoch vom Gesamtkonzept her in eine falsche Richtung. Ein Drittel der Bevölkerung zahlt keine Steuern und kann gar nicht von Steuerabzügen profitieren – und zwar genau jene Familien, die angewiesen wären auf finanzielle Entlastung. Die CVP-Familieninitiative riecht zu stark nach Wahlkampfschlager-Thema. „Steuerabzüge für Familien“ tönt halt immer gut.

Eine Formsache war das einstimmige JA zur 1. GLP-Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer. Parteipräsident Hector Herzig stellt besonders den Mut für einen Paradigmenwechsel unserer Arbeitswelt und Gesellschaft sowie die Innovationskraft der Schweiz in den Vordergrund anstelle von starren Diskussionen über Benzinpreis-Entwicklungen für die nächsten 20 Jahre.

### **Wilde Plakatorgien als Dauerärgernis**

Landrat und Wahlkampfleiter Daniel Altermatt setzte sich als Referent mit voller Überzeugung ein für die Befristung der Aushangdauer von Wahl- und Abstimmungsplakaten. „Wenn ich damals schon Landrat gewesen wäre, hätte ich einen ähnlichen Vorstoss bereits früher eingereicht.“ Altermatts Plädoyer überzeugte die Mitglieder zu einem einstimmigen JA.

### **Keine milliardenschwere Symptombekämpfung unserer Verkehrsprobleme**

Der Allschwiler Landrats-Spitzenkandidat Matthias Häuptli präsentierte die Vorlage zur Umfahrungsstrasse Allschwil und der geneigte Zuhörer hätte wahrscheinlich von einem Allschwiler eine JA-Empfehlung erwartet. Häuptli hingegen befürchtet für Allschwil, dass der Autobahnzubringer sogar zu Mehrverkehr führen könnte. Häuptli spricht von mangelnder Koordination mit Basel-Stadt. Es fehle ein Gesamtkonzept. Weitere Mitglieder sprachen sich klar gegen die Pflästerlipolitik im Strassenbau aus. Engpässe würden nur verlagert, ohne das Problem an der Wurzel zu lösen. Das Grundübel unserer Verkehrsprobleme liege an überlasteten Autobahnen wie beispielsweise am Nadelöhr Verzweigung Hagnau – infolge von zu viel Mobilität.

### **PET-Depot anstelle von Ordnungsbussen**

Eine längere Debatte löste die CVP-Initiative „Vo Schönebuech bis sauber“ aus, welche die Oberwiler Spitzenkandidatin Tanja Haller vorstellte. Niemand kann gegen Massnahmen sein zur Littering-Bekämpfung. Den Gemeinden die Kompetenz zu erteilen, Ordnungsbussen ausstellen zu dürfen, klingt auf den ersten Blick sehr vernünftig. Besser das Problem auf niederschwelliger Ebene beheben als bei geringfügigen Vergehen schwerfällige Strafverfahren in Gang setzen. Etliche Mitglieder plädierten deshalb dafür, auszuprobieren wie sich das Ordnungsbussenverfahren auf kommunaler Eben bewährt. Bei detaillierterem Erörtern der Vorlage kam eine deutliche Mehrheit der Mitglieder zur Erkenntnis, dass die Hoffnungen illusorisch seien. Die Umsetzung sei in der Praxis viel zu aufwändig. Ein privater Sicherheitsdienst dürfe zudem keine Personalien aufnehmen. Hierfür bräuchte es wiederum die Kantonspolizei. Eine anwesende Polizistin erzählte aus eigener zermürender Erfahrung von der Sisyphusarbeit, als Sicherheitskraft gegen Littering vorzugehen. Anstelle von kaum umsetzbaren Ordnungsbussen müsste der liberale, verursachergerechte Lösungsansatz sein, dann etwas zu bezahlen, wenn man es konsumiert – beispielsweise mit einem Depot auf PET-Flaschen.

### **Stimmfreigabe zur VCS-Strasseninitiative als pragmatischer Ansatz**

Landrat Hans Furer berichtete von einer ideologisch geprägten Debatte im Landrat zur VCS-Strasseninitiative. Furer bedauert, dass die Regierung keinen Gegenvorschlag präsentiert hatte. Die Stossrichtung der VCS-Strasseninitiative sei nämlich zu begrüßen, aber der vorgesehene Zeitplan von fünf Jahren viel zu ambitiös und nicht umsetzbar. Von den Mitgliedern wurden einzelne Punkte der Initiative als wenig zielführend und starr bezeichnet. Dem Antrag auf Stimmfreigabe stimmten die Mitglieder deutlich zu.

### **Landratswahlen nur noch am Rande ein Thema**

Die Landratswahlen sind aufgegleist. Die glp hat bekanntlich auf Plastikplakate verzichtet und ist nun an den wichtigsten Verkehrsachsen mit APG-Plakaten präsent. Bei Strassenaktionen verteilen wir Mohrenköpfe in einer speziellen glp-Verpackung. Parteipräsident Hector Herzig richtete sich an die Mitglieder: „Wir haben Potenzial, unser Ziel Fraktionsstärke zu erreichen, aber es soll nach den Wahlen niemand verpassten Chancen nachtrauern. Wir müssen hier und jetzt mobilisieren. Am 9. Februar ist es zu spät.“ Hector Herzig appelliert an die Mitglieder, sich nicht durch Wahlprognosen beeinflussen zu lassen und verweist auf die kommende [Medienkonferenz](#) vom Donnerstag um 13 Uhr im Regierungsgebäude.

